

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
 (INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

19. Jahrgang

Berlin, den 24. Oktober 1952

Nummer 43

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig.

Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften in der Sowjetzone

Mit den auf dem zweiten Parteitag Anfang Juli von der SED gestellten Forderungen wird in der Landwirtschaft das Endziel der Kollektivierung angestrebt. Sogenannte Produktionsgenossenschaften, deren Gründung nunmehr forciert wird, sollen das „ökonomische Fundament des Sozialismus in der Landwirtschaft“ bilden. Damit ist die unmittelbare Vorstufe zur Umbildung in das Kolchos-System erreicht. Das entspricht dem Vorbild der UdSSR und gleicht der Entwicklung in den Satellitenstaaten, wo der landwirtschaftliche Umwandlungsprozeß bereits mehr oder weniger weit vorgeschritten ist¹⁾.

Das sowjetrussische Vorbild

Der überstürzten Zerschlagung des Großgrundbesitzes in Rußland nach der Oktoberrevolution von 1917 folgte 1921 die Periode der sogenannten „Neuen Ökonomischen Politik“ (NEP-Periode). Wenn dem Einzelbauern im Vergleich zu den ersten Jahren nunmehr verhältnismäßig viel Bewegungsfreiheit gelassen wurde, so geschah das in der Einsicht, daß der Grund für die bis zu Hungersnöten angestiegenen Ernährungsschwierigkeiten in einer mangelhaften Leistungsfähigkeit der vorher geschaffenen Kleinbetriebe zu suchen war. Fehlende Betriebsmittel in Verbindung mit mangelhafter Organisation hatten die landwirtschaftlichen Erträge der Sowjetunion stark absinken lassen. Das große Ziel der Kollektivierung wurde deshalb nicht außer acht gelassen, besonders da ein wirtschaftliches Wiedererstarken der Großbauern (Kulaken) zu beobachten war. Ihnen als den stärksten Widersachern einer Kollektivierung galt in erster Linie der Kampf. Im Jahre 1927 wurde auf dem Kongreß der Kommunistischen Partei die Enteignung der Großbauern und die Zusammenfassung der kleinbäuerlichen Betriebe zu Kollektivwirtschaften beschlossen. Nach einer vorbereitenden Periode von zwei Jahren, während welcher der genossenschaftliche Zusammenschluß der Bauern noch in lockerster Form geduldet wurde, wurde dieser Plan rücksichtslos verwirklicht. Durch stetig verstärkten Zwang kam es zur Bildung der sogenannten Artels, einer Form der Kol-

lektivwirtschaft, die dem Einzelbauern nur noch sehr wenig Selbständigkeit übrig ließ und ihn praktisch auf die Stufe eines unfreien Arbeiters herabdrückte.

Maßnahmen gegen die Großbauern

Die Neugestaltung der ostzonalen Landwirtschaft vollzieht sich offensichtlich parallel zur aufgezeigten Entwicklung der sowjetrussischen Agrarpolitik. Daß die landwirtschaftlichen Kollektivierungsmaßnahmen erst jetzt durchgeführt werden, hat seinen Grund in der fehlenden Ernährungssicherheit der Sowjetzone — ähnlich wie in der NEP-Periode der UdSSR — sowie in der besonderen Situation des Besatzungsgebiets.

Mit der 1945 durchgeführten sowjetzonalen Bodenreform war lediglich der Großgrundbesitz zerschlagen, während alle Betriebe in den Größenklassen bis 100 ha neben den neugebildeten Siedlerstellen, deren Lebensfähigkeit in vielen Fällen von vornherein zweifelhaft war, zunächst mit voller Bewegungsfreiheit bestehen blieben. Durch eine bevorzugte Behandlung der Kleinbetriebe wurde die Konsolidierung des Kleinbesitzes nur scheinbar erreicht. Die Liquidierung der größeren Bauern war jedoch lediglich eine Frage der Zeit. Der Kampf gegen das Mittel- und Großbauertum begann bereits in den Jahren 1949 und 1950 und drückte sich zunächst in einem von Jahr zu Jahr ungerechtfertigt gesteigerten Ablieferungsoll der Großbetriebe gegenüber den Kleinbetrieben aus.

Da bei diesem System die größeren Betriebe kaum in der Lage sind, ihr Ablieferungsoll zu erfüllen, bleiben, wenn überhaupt, nur wenig „freie Spitzen“, die aber wegen ihrer günstigeren Preise zur Aufrechterhaltung einer geordneten Wirtschaftsführung unentbehrlich sind. Hinzu kommt, daß seit Errichtung der Maschinen - Ausleih - Stationen (MAS) neugefertigte Maschinen und Geräte durch die Zentrale für Landtechnik in erster Linie diesen MAS zugeteilt wurden. Den Privatbetrieben sind Neuanschaffungen also praktisch unmöglich gemacht worden; sie wurden damit immer mehr von den Maschinen-Ausleih-Stationen abhängig, deren gestaffelter Tarif für den Großbetrieb aber fast die doppelte Ausleihgebühr gegenüber den Kleinbetrieben vorsieht.

¹⁾ Vgl. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Jg. 1951, Drittes Heft, S. 241 ff.

**Ablieferungssoll pflanzlicher Erzeugnisse
in Sachsen-Anhalt¹⁾
dz je ha Anbaufläche**

Jahr	Bauernwirtschaften in der Größe von				
	0,5-5 ha	5-10 ha	10-20 ha	20-50 ha	über 50 ha
Getreide					
1949	6,0	9,0	11,5	13,0	14,5
1950	6,0	9,5	15,0	18,0	20,0
1952	5,6	9,5	13,7	17,9	20,5
Kartoffeln					
1949	45,0	50,0	65,0	75,0	85,0
1950	45,0	50,0	85,0	100,0	115,0
1952	36,0	56,0	79,0	97,0	101,0

¹⁾ Für die übrigen Länder der Ostzone bestehen entsprechende Ablieferungsnormen, die sich nur in unwesentlichen Einzelheiten unterscheiden.

Jetzt sind die Maßnahmen gegen das Großbauerntum in das entscheidende Stadium getreten. Den Produktionsgenossenschaften können lediglich „werk tätige Bauern, Bäuerinnen und Landarbeiter“ beitreten, nicht aber „Großbauern, Gastwirte oder Kaufleute, die fremde Lohnarbeiter beschäftigen¹⁾“. Als Großbauernbetriebe sollen solche Wirtschaften gelten, die 20 ha und mehr Land mittlerer Bodenqualität besitzen. Es gibt rd. 48 500 selbständige Bauern, die nach der letzten landwirtschaftlichen Betriebszählung vom Jahre 1951 in diese Kategorie fallen. Die vorsätzlich starke Benachteiligung und die Unmöglichkeit, das hohe Ablieferungssoll zu erfüllen, werden die Handhabe bieten, sie von ihren Höfen zu vertreiben, womit die Grundlage einer Kolchosenbildung gegeben ist. Kinder von Großbauern können in die Produktionsgenossenschaften aufgenommen werden, wenn sie sich „mit ihrem Vermögen und Boden von den Eltern getrennt haben und gesellschaftlich nützliche und gewissenhafte Arbeit verrichten²⁾“.

Das Schicksal der Kleinbetriebe

In den neuen Produktionsgenossenschaften sollen vor allem die Kleinstbetriebe und Neusiedler zusammengefaßt werden. Diese Kleinstbetriebe, die bisher nur durch Subventionen lebensfähig waren, sollen nun auf eine wirtschaftliche Basis gebracht werden. Die gesamte Ackerfläche der Mitglieder bildet eine Betriebs einheit. Jedes Mitglied soll zwar Eigentümer seines eingebrachten Bodens bleiben, es hat jedoch im Falle eines Wiederaustritts keinen Anspruch auf die eingebrachten Parzellen, sondern muß sich mit gleich großen Flächen aus dem Randbesitz der Genossenschaft abfinden lassen. Das von den in der Bodenreform-Verordnung vom September 1945 einleitend verkündete Prinzip „Der Grundbesitz soll sich auf feste, gesunde und produktive Bauernwirtschaften stützen, die Privateigentum ihres Besitzers sind“, ist damit aufgegeben

¹⁾ Quelle: „Die Aufgaben der Partei auf dem Lande“, Tgl. Rundschau Nr. 197 vom 29. 8. 1952.

²⁾ Quelle: „Der Freie Bauer“, 7. Jg., Nr. 38 vom 21. 9. 1952.

worden. Die Genossen der Produktionsgemeinschaft behalten im Eigenbesitz lediglich 0,5 ha Ackerland zur freien Verfügung. Neben dieser ersten Form der Kollektivierung wird vor allem die zweite Stufe vorbereitet, in welche — wie behauptet wird, auf vollkommen freier Basis — außer dem Ackerland auch noch Maschinen, Geräte und Vieh in die Produktionsgenossenschaften zur gemeinsamen Nutzung eingebracht werden sollen. Mit dieser Form ist das Vorbild des sowjetischen Artels erreicht.

Um den Eintritt in die Produktionsgenossenschaften, deren Rechtsfähigkeit durch die „Verordnung über die Bestätigung und Registrierung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften“ vom 7. VIII. 52 festgelegt wurde, verlockender zu machen, sind besondere Vergünstigungen beschlossen und angeordnet worden: Kreditgewährung, bevorzugte Bedienung durch die MAS zum Vorzugstarif (wobei die Arbeiten im Jahre 1952 erst nach der Ernte 1953 zu bezahlen sind), Herabsetzung der Pflichtablieferung pflanzlicher Produkte um 10 vH, Steuerfreiheit bzw. Steuerermäßigung, bevorzugte Belieferung mit Betriebsmitteln und Niederschlagung der Verpflichtungen aus der Bodenreform.

Dagegen ist der den einzelnen Mitgliedern zugesagte Anteil bzw. Arbeitslohn (mindestens 150 Arbeitstage sollen geleistet werden) völlig vom Betriebsergebnis abhängig. Von der Ernte wird zunächst — ebenso wie in der Sowjetunion — die Pflichtablieferung, weiterhin bestimmte Mengen für einen Saatgut- und Versicherungsfonds und für einen „unteilbaren, gemeinsamen Fonds der Genossenschaft“ in Abzug gebracht, bevor der Genosse für seinen eigenen Bedarf und für sein Vieh einen Anteil erhält. Vom Gelderlös müssen vorweg die Steuern und Versicherungen, sowie die Leistungen der MAS bezahlt werden. Sodann werden die Entschädigungen für die eingebrachten Geräte und Zugkräfte, schließlich Mittel für einen unteilbaren Fonds und für Reparaturen abgezweigt; erst der Rest wird an die Mitglieder im Verhältnis zur eingebrachten Ackerfläche ausgeschüttet.

Mit der Bildung der Produktionsgenossenschaften kehrt man praktisch wieder zur Bewirtschaftung großer Flächen zurück; aus selbständigen Bauern werden abhängige Arbeiter. Dem widersetzt sich die Landbevölkerung trotz aller zugebilligten Vergünstigungen. Bisher ist die Gründung von 709 Produktionsgenossenschaften erfolgt; sie umfassen rd. 9000 Bauernwirtschaften mit einer Bodenfläche von 70 000 ha oder 1,1 vH der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche der Sowjetzone. Die Bauern sträuben sich nicht ohne Erfolg gegen den Eintritt in diese Genossenschaften. Um ihrem Widerstand entgegenzutreten, wird die Anwesenheit von Vertretern der Parteileitung in den Gründungsversammlungen vorgeschrieben. Wegen zunehmenden Zwanges und steigender Schwierigkeiten für eine selbständige Betriebsführung werden weitere Zusammenschlüsse zu Produktionsgenossenschaften zu erwarten sein.

Mengenkonjunktur erstrebenswert

*Konjunkturdiagnose des
Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung
Mitte Oktober 1952¹⁾*

Die internationale Konsumbelegung, die sich im Frühsommer anbahnte, hat sich in engen Grenzen gehalten. Sie hat jedoch genügt, um den Rückschlag zu überwinden, den die Verbrauchsgüterindustrien, und hier insbesondere die Textilindustrie, erlitten hatten. Eine volle Ausnutzung der Kapazitäten der Konsum-

güterindustrie, die unter dem Einfluß der Korea-Hausse in den meisten Ländern stark ausgeweitet wurden, ist dagegen noch nicht wieder erreicht.

¹⁾ Der Erstabdruck dieses Berichtes erfolgte im „Tagesspiegel“ vom 24. 10. 1952.

Neben der gestiegenen Konsumgüterproduktion ist die Investitionsgütererzeugung nach wie vor die wichtigste Stütze einer unverändert hohen Wirtschaftstätigkeit. Ein großer Auftragsbestand auf weiten Teilgebieten stellt für ein Jahr oder mehr volle Beschäftigung sicher. Mit dem fortschreitenden Ausbau der für die Rüstungsanstrengung erforderlichen Produktionsstätten in der Grund- und Schwerindustrie wird sich allerdings die Investitionstätigkeit künftig wieder stärker als bisher nach dem privaten Verbrauch richten müssen. Die Frage nach der Entwicklung des privaten Verbrauchs gewinnt damit größere Bedeutung.

Bei nicht mehr wesentlich wachsenden Verteidigungsaufwendungen werden von den öffentlichen Haushalten der westlichen Länder kaum noch expansive Einflüsse ausgehen. So rechnet man z. B. in den Vereinigten Staaten von Amerika nur mit einer Steigerung der Rüstungsausgaben von gegenwärtig monatlich etwa 4,2 Mrd. \$ auf rd. 4,5 Mrd. \$ im Spätsommer 1953. Das Haushaltsdefizit im laufenden Fiskaljahr (1. 7. 1952 bis 30. 6. 1953) wird auf 10 Mrd. \$ geschätzt. Aber schon in den Monaten Juli bis September ist ein Defizit von 4 bis 5 Mrd. \$ aufgelaufen, ohne daß sich bei nach wie vor hoher Sparneigung inflatorische Wirkungen bemerkbar gemacht hätten. Sowohl in den Vereinigten Staaten von Amerika als auch in England und Frankreich sind die Regierungen nicht ohne Aussicht auf Erfolg bemüht, den von einem Haushaltsdefizit etwa ausgehenden inflatorischen Druck durch Ausgabe langfristiger Anleihenpapiere und durch ihre Unterbringung außerhalb der Banken abzuschwächen, d. h. Kaufkraft zu binden.

Mit dem Rückgang der ausländischen Auftragsgänge, vor allem auch auf dem Gebiet der Investitionsgüter und damit sinkenden Exporten werden auch die Auftriebstendenzen aus der Außenwirtschaft schwächer, die bisher die Volkswirtschaften einiger Länder, wie z. B. die der Bundesrepublik, stark beeinflußt haben.

Weder vom Verbrauch und der privaten Investitionstätigkeit noch von der Öffentlichen Hand und der Außenwirtschaft sind in absehbarer Zeit Auftriebskräfte zu erwarten, die stark genug wären, um die westliche Weltwirtschaft wesentlich über ihren gegenwärtigen Produktionsstand hinauszuhoben. Wenn der Westen sein erheblich verlangsamtes wirtschaftliches Wachstum wieder beschleunigen will, bedarf es neuer Impulse. Diese Impulse wird die private Wirtschaft fast ausschließlich aus sich heraus entwickeln müssen. Sie wird damit zwar nicht vor eine grundsätzlich neue Aufgabe, wohl aber doch vor eine Aufgabe gestellt werden, die in der vergangenen Periode des Verkäufermarktes leicht in Vergessenheit geraten konnte. Trotz Konsumbelebung, Einkommens- und Beschäftigungszunahme ist in fast allen Bereichen der westlichen Wirtschaft deutlich der Tatbestand des Käufermarktes gegeben, d. h. die Nachfrage bleibt hinter dem Angebot zurück. Durch günstige Preisgestaltung sind neue Käuferschichten zu zusätzlichen Käufen anzuregen. Wenn es gelingt, den privaten Verbrauch über das zwar hohe, aber hinter der Einkommensentwicklung seit Korea zurückgebliebene Verbrauchsniveau hinaus zu steigern, so wird sich über eine **Mengenkonzunktur** eine weitere nennenswerte Zunahme des Sozialproduktes verwirklichen lassen.

Die Hilfestellung, die die Öffentliche Hand hierbei leisten kann, wird in einer Minderung der steuerlichen Belastung sowohl für die Unternehmervorgänge als auch für die Privateinkommen liegen. Die Verantwortung für eine erfolgreiche Mengenkonzunktur aber ruht im wesentlichen bei der privaten Wirtschaft.

Von den Weltrohstoffmärkten her gesehen sind die Voraussetzungen für eine Mengenkonzunktur günstig.

Der Westen befindet sich in einer Phase steigender Rohstoffherzeugung sowohl mineralischer als auch agrarischer Produkte. Der stark vorangetriebene Ausbau der Grundstoffindustrien beginnt sich in wachsenden Produktionszahlen auszudrücken. Die Tatsache, daß der durch den amerikanischen Streik bedingte Ausfall von etwa 14 Mill. t der Stahlproduktion praktisch ohne Auswirkungen auf die Lage am Weltstahlmarkt geblieben ist, ist kennzeichnend für die Angebotslage vieler Roh- und Halbwaren. Auf Grund der guten Ernte wird auch die Weltherzeugung bei vielen agrarischen Produkten über den Weltverbrauch hinausgehen. Dieses Verhältnis spiegelt sich deutlich in der Preisbewegung der letzten Wochen an den Weltrohstoffmärkten wider. Die Weltmarktpreise sind — bei großen Abweichungen im einzelnen — gegenwärtig etwa auf den Stand bei Ausbruch der Korea-Krise gefallen. Preisauftriebstendenzen werden sich am Weltmarkt ohne äußere Einflüsse wohl kaum durchsetzen.

Soweit die Preisgestaltung von binnenwirtschaftlichen Faktoren bestimmt wird, waren zwar in den vergangenen Monaten Preissteigerungen in wichtigen Bereichen (Kohle und Stahl) zu verzeichnen, die sich durch Preisüberwälzung störend bemerkbar machten; jedoch ist eine Fortsetzung dieser Preisauftriebstendenzen im Laufe der nächsten Zeit in allen konjunkturell führenden Ländern unwahrscheinlich.

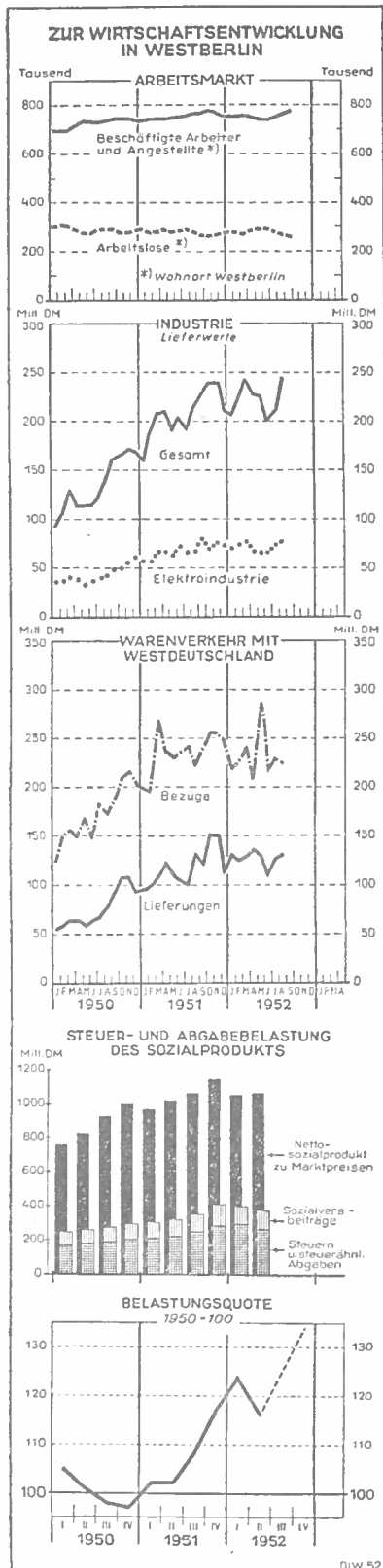
Die konjunkturelle Situation Westdeutschlands wird bestimmt durch die gegenläufigen Entwicklungstendenzen der Absatzlage in der Verbrauchsgüterindustrie einerseits und in der Investitionsgütererzeugung andererseits. Irgendwelche Auftriebskräfte, die zu einer Absatzsteigerung auch von Investitionsgütern auf dem Binnenmarkt führen könnten, sind im Augenblick nicht sichtbar. Die im Rahmen der Investitionshilfe durchzuführenden Investitionsvorhaben bieten zwar im Gesamttrahnen der Investitionsgütererzeugung einen gewissen Ausgleich, der aber nicht ausreichen wird, um die bestehenden Hemmungen zu überwinden.

Die Veränderungen der Güterseite, die überwiegend jahreszeitlich bedingt sind, finden auch in den Bewegungen der Geldseite ihren entsprechenden Ausdruck. Die kurzfristigen Kredite haben wieder zugenommen. Soweit diese Zunahme jedoch nicht durch Steuertermine bedingt war, sind im wesentlichen wiederum jahreszeitliche Einflüsse für diesen erhöhten Kreditbedarf der Wirtschaft entscheidend gewesen. Bei seiner ausgeprägten Tendenz zur Reservebildung hat auch der öffentliche Haushalt eher bremsend als anregend gewirkt. Im ganzen ist auch für die nächsten Monate nicht mit wesentlichen expansiven Einflüssen der Öffentlichen Hand auf die private Wirtschaft zu rechnen.

Die private Spartätigkeit hat nach wie vor steigende Tendenz. Der im wesentlichen durch den Spareinlagenzuwachs geförderten Geldkapitalbildung folgt die mittel- und langfristige Kreditgewährung des Bankensystems nur langsam. Immerhin scheinen sich die Ausleihungen wieder dem Geldkapitalaufkommen anzupassen, so daß die im ersten Halbjahr stark kontrahierenden Wirkungen auf dem Geld- und Kapitalmarkt nachlassen.

Der einzige stark expansive Einfluß auf die Geldversorgung der westdeutschen Wirtschaft geht nach wie vor von den Devisenankäufen der Bank deutscher Länder und Außenhandelsbanken aus. Da aber die westdeutsche Ausfuhr auf dem bisher erreichten Niveau verharret, während in der Einfuhr eine leichte Tendenz zur Steigerung vorhanden ist, wird der Ausfuhrüberschuß und damit auch sein stimulierender Einfluß geringer werden.

Westberliner Wirtschaftslage Mitte Oktober 1952



Die relativ günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hat in der Berichtszeit angehalten. Die Zahl der Arbeitslosen ist — zum großen Teil saisonbedingt — von Mitte September bis Mitte Oktober um 6500 auf 256 800 Personen zurückgegangen. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten ist — nach der Statistik des Landesarbeitsamtes — im Bereich der Wirtschaft (ohne Notstandsarbeiter) im Verlauf des dritten Vierteljahres um knapp 20 000 Personen gestiegen. Diese Zunahme entspricht etwa der in der gleichen Zeit des Vorjahres erzielten Steigerungen.

Der industrielle Produktionsindex betrug im August 49 vH und erreichte im September mit über 50 vH (1936 = 100) einen neuen Höchststand seit Kriegsende. Die Zunahme seit Juli war stärker, als saisonal zu erwarten war und erfaßte vor allem die Verbrauchsgüterindustrien und die Elektroindustrie.

Die vor kurzem in die Wege geleiteten neuen Maßnahmen (insbesondere die Erweiterung der Umsatzsteuerrückvergütung im Warenverkehr mit der Bundesrepublik), die darauf hinzielen, Absatz, Produktion und Investitionstätigkeit anzuregen und damit die Arbeitslosigkeit weiter zu bekämpfen, haben im August/September 1952 die ersten erfreulichen Erfolge gehabt.

Im September wurden Umsatzsteuerrückvergütungsanträge für Westberliner Lieferungen nach der Bundesrepublik im Wert von 178 Mill. DM gegenüber 131 Mill. DM im August eingereicht.

Die gesamte Steuer- und Beitragslast der Westberliner Wirtschaft und Bevölkerung hat im ersten Halbjahr 1952 die bisher in der westlichen Welt noch nie erlebte Höhe von 36,6 vH des Netto-sozialprodukts erreicht. Da die durchschnittliche Belastung im zweiten Halbjahr aus saisonalen Gründen anzusteigen pflegt und außerdem — zur einmaligen zusätzlichen Unterstützung der langfristig Arbeitslosen — die Erhöhung des Währungsnotopfers um 50 vH geplant ist, dürfte die Steuer- und Abgabelast in West-Berlin im zweiten Halbjahr 1952 an die 40-vH-Grenze herankommen.

Eine derartige Belastung trägt die Gefahr in sich, das Wachstum des Sozialprodukts zu beeinträchtigen: besonders betroffen werden die um ihre Rentabilität ringenden Teile der Westberliner Wirtschaft.

Steuer- und Abgabelast in West-Berlin 1949 — 1952

	Einheit	1949	1950	1951	1. Halbj. 1952
1. Netto-sozialprodukt zu Marktpreisen	Mill. DM	2 845	3 500	4 180	2 110
2. Abführungen an die Öffentliche Hand	"	939	1 070	1 378	773
a) Steuern abzüglich Subventionen	"	573	697	891	505
b) Steuerähnliche Abgaben	"	9	29	52	42
c) Sozialversicherungsbeiträge	"	357	344	435	226
3. Steuerbelastung	in vH:	33,0	30,6	33,0	36,6
Zum Vergleich:	jeweiliges Netto-sozialprodukt =				
4. Steuerbelastung in der Bundesrepublik	100	31,0	30,7	32,0	34,6

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Pacelliallee 6, und Bonn, Schaumburg-Lippe-Straße 6.
Präsident: Dr. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Prof. Dr. Bruno Gleitze, Dr. Ferdinand Grünig, Prof. Dr. Bruno Kiesewetter, Dr. Hans Liebe, Dr. Karl Georg Mahnke, Prof. Dr. Joachim Tiburtius, Dr. Rolf Wagenführ, Dr. Albert Wissler.
Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelfohndamm 26. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geraniestraße 2. Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany.
Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland DM 30,—, halbjährlich DM 16,—, vierteljährlich DM 9,—.

— Hierzu 2 Zahlenbeilagen —

Soweit es sich nicht um Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung handelt, entstammen die Angaben folgenden Quellen: Statistisches Landesamt Berlin. — Senat der Stadt Berlin, Abteilungen Wirtschaft, Verkehr und Finanzen. — Landesfinanzamt Berlin. — Berliner Zentralbank. — Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Gegenstand	Einheit †)	Vorjahr					Gegenwart									
		16.-22. Sept. 1951	23.-29. Sept. 1951	30. Sept. bis 6. Okt. 1951	7.-13. Okt. 1951	14.-20. Okt. 1951	17.-23. Aug. 1952	24.-30. Aug. 1952	31. Aug. bis 6. Sept. 1952	7.—13. Sept. 1952	14.-20. Sept. 1952	21.-27. Sept. 1952	28. Sept. bis 4. Okt. 1952	5.-11. Okt. 1952	12.-18. Okt. 1952	
		38.	39.	40.	41.	42.	34.	35.	36.	37.	38.	39.	40.	41.	42.	
Woche :																
Arbeitsmarkt																
Arbeitslose in Westdeutschland . . .	1000	M; E	•	1235	•	•	1233	•	1107	•	•	1084	•	1051	•	1037
„ „ Westberlin	„	•	268	•	•	267	•	266	•	•	263	•	259	•	257	
Versicherte Arbeitslose in USA . . .	„	Sa	862	846	854	884	872	1130	•	•	•	•	•	•	•	
Produktion																
Geschäftstätigkeit in USA	1935/39=100	Sa	214,3	215,1	216,1	215,6	218,3	•	221,2	220,2	225,7	227,1	225,2	228,4	229,3	•
Industrieproduktion in USA	„	•	219,1	220,1	220,2	221,6	220,0	220,3	•	220,5	227,6	232,6	234,7	232,9	233,5	232,5
Steinkohlenfödrerg. in Westdschld.¹)	1000 t	WS	2258	2274	2243	2255	2359	2367	2351	2339	2380	2384	2391	2396	2437	•
„ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „	„	•	4532	4563	4535	4605	4570	4274	4328	4495	4532	4614	4673	4576	4648	•
Kohlenförderung in USA	„	•	9888	10024	9866	9947	10324	9979	1787	8255	10737	10455	9095	8137	8210	•
Rohstahlerzeugung in Westdschld.¹)	„	•	190	192	197	193	194	214	219	214	219	221	220	223	224	•
„ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „	„	•	1842	1852	1861	1846	1852	1832	1860	1884	1912	1919	1928	1953	1971	1993
Kraftwagenherstellung in USA	1000 Stück	•	135	115	114	121	122	111	125	110	138	142	144	139	137	141
Stromverbrauch in Westdeutschland .	Mill. kWh	•	690,9	689,3	691,3	699,7	692,2	707,5	720,2	731,5	742,0	749,1	753,1	747,3	•	•
„ „ Westberlin²)	„	•	17,7	17,8	18,3	19,5	19,3	18,2	18,3	19,0	19,9	20,7	21,6	21,8	22,1	•
Güterverkehr																
Wagenanforderung } Deutsche	1000 Wagen	WS	374,6	409,0	419,3	424,1	441,5	354,9	372,8	364,7	371,8	373,4	384,3	378,9	•	•
Wagengestellung } Bundesbahn	„	•	369,4	377,3	383,7	390,3	379,9	351,0	363,2	357,1	365,4	366,8	377,2	370,0	•	•
Zahlungsverkehr																
Zahlungsmittelumlau in	Mill. DM	BSt	8398	9498	9242	•	8901	9465	10709	10382	•	10078	9571	10822	10418	10112
Westdeutschland u. Westberlin . .	„	Mi	1348	1349	1352	1352	1349	1471	1459	1455	1452	1447	1444	1446	1447	1445
Notenumlauf d. Bank von England .	Mrd. £	Do	1742	1779	1821	1819	178•	1929	1970	2003	1992	1959	1962	2041	2038	•
„ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „	Mill. hfl.	Mo	2792	2802	2894	2849	2826	2933	2955	3030	2978	2948	2941	3029	3008	•
„ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „	„ sfrs.	Do	90063	90437	92119	91578	90843	95372	95465	96463	95711	94656	94411	96446	96046	•
„ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „	„ str.	BSt	4414	4586	4507	•	4446	4547	4677	4613	•	4574	4588	4747	4683	4635
„ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „	„ skr.	•	3373	3638	3508	•	3501	3884	4122	4023	3920	•	3887	4159	4011	•
„ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „ „	„ \$	Mi	1382	1387	1395	1403	1403	1461	1464	1475	1483	1480	1476	1479	1490	•
Zahlungsmittelumlau in USA	„ \$	Do	28140	28137	28320	28448	28385	29068	29129	29391	29364	29292	29247	29417	29545	29617
Geld- und Kapitalmarkt																
Bank deutscher Länder	Mill. DM	BSt	8287	3296	3309	•	3373	1848	2267	2217	•	2123	2073	2301	2249	1978
Inlandswechsel	„	•	181	225	246	•	83	3	114	153	•	81	4	120	121	127
Schatzwechsel der Bundesverwaltung	„	•	378	745	514	•	595	282	451	383	•	493	354	642	400	435
Lombardforderungen	„	•	506	712	568	•	503	423	424	434	•	447	460	424	426	444
Vorschüsse an die öfötl. Verwaltung .	„	•	5492	5776	5810	•	5537	4881	5160	4989	•	4555	4363	4687	4721	4459
Forderungen gegen die öfötl. Hand. .	„	•	2939	2731	2725	•	2773	2079	1870	2032	•	1944	2092	1846	2075	2017
Depositen	„	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
480 repräsentative Geldinstitute in Westdeutschland	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
Kurzfristige Kredite an Nichtbanken.	„	•	10564	10561	10620	•	10534	12538	12569	12513	•	12889	12874	12817	•	•
Einlagen von Nichtbanken	„	•	13315	12946	13111	•	13368	16533	16212	16450	•	16424	16928	16497	•	•
darunter Spareinlagen	„	•	2255	2265	2281	•	2290	3246	3270	3300	•	3319	3332	3350	•	•
Berliner Zentralbank	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
Wechsel	„	•	95,3	75,2	81,8	•	59,4	104,1	124,1	115,1	•	105,2	99,1	84,5	71,1	57,6
Angekaufte Ausgleichsforderungen . .	„	•	176,3	176,3	176,3	•	166,3	159,1	148,1	143,1	•	143,1	160,1	155,5	144,5	145,5
Einlagen insgesamt	„	•	201,2	187,0	180,6	•	142,3	154,3	134,6	142,4	•	123,2	161,9	121,8	119,0	124,3
Bank von England	Mill. £	Mi	1396,7	1396,7	1396,7	1396,7	1396,9	1546,8	1496,8	1496,8	1496,8	1496,7	1496,8	1496,8	1496,7	1496,8
Regierungspapiere d. Emissionsabtölg.	•	•	369,2	364,7	381,1	382,1	389,3	300,6	331,6	330,7	346,0	348,7	338,7	332,6	339,3	338,9
Forderungen der Bankabteilung . . .	•	•	403,6	398,8	411,5	413,3	423,5	363,2	356,2	358,6	377,5	385,3	378,0	370,3	377,0	377,8
Depositen insgesamt	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
Bundes-Reserve-Banken USA	Mill. \$	Do	49509	48947	49008	48973	50031	50711	50171	50413	50645	52098	50977	50772	50916	•
Aktiva (gesamt)	•	•	20023	20101	20111	20148	20197	21454	21451	21448	21446	21446	21453	21452	21439	•
darunter: Goldzertifikate	•	•	23135	23474	24039	24072	23848	23032	23092	23182	23229	23740	23715	23694	23663	•
Regierungspapiere	•	•	21238	21209	21367	21276	21370	21850	21588	21541	21634	22071	21734	21505	21806	•
Einlagen insgesamt	•	•	477	816	397	335	326	526	707	715	347	6	264	523	596	•
darunter: Regierungseinlagen	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
Zinssätze																
in Westdeutschland	% p.a.	Sa	6	6	6	6	6	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2
Diskontsatz d. Bank deutscher Länd.	•	•	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Tagesgeld in provisionsfr. Rechnung	•	•	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3
Spareinlag. m. gesetzl. Kündigungsfrr.	•	•	1 1/2-3/4	1 1/2-3/4	1 1/2-3/4	1 1/2-3/4	1 1/2-3/4	2-2 1/2	2-2 1/2	2-2 1/2	2-2 1/2	2-2 1/2	2-2 1/2	2-2 1/2	2-2 1/2	2-2 1/2
Tagesgeld in London	•	•	1 3/4-2 1/2	1 3/4-2 1/2	1 3/4-2 1/2	1 3/4-2 1/2	1 3/4-2 1/2	4-5	4-5	4-5	4-5	4-5	4-5	4-5	4-5	4-5
Handelswechsel, 3 Mon., London . .	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
Effektenmarkt																
40/oige Wertpapiere in Westdeutschland	vH	BSt	70,22	70,21	70,21	•	70,20	80,85	80,92	80,86	•	80,77	80,75	80,88	80,86	•
Kursniveau, gesamt	•	•	68,68	68,74	68,68	•	68,65	81,46	81,46	81,47	•	81,47	81,47	81,59	81,78	